

Wikileaks: Enthüllungspotenziale einer Enthüllungsplattform

Überschätzter Protest und verhinderte Revolution

■ Stephan Frühwirt

Der bisherige Normalverlauf der massenmedialen Themenkarriere der Enthüllungsplattform *wikileaks.org* kann als Bestätigung der zahlreichen durch die Beobachtung des Systems der Massenmedien empirisch gewonnenen und theoretisch generalisierten Erfahrungen mit Karrieren nicht nachhaltig interessanter Themen aufgefasst werden: Das System wurde durch die Veröffentlichungen irritiert, hat das Thema selektiert, entwickelt und schließlich durch ein anderes ersetzt.¹ Ein immer weiter abflauendes Interesse ist ein Zeichen dafür, dass es als Folge der Veröffentlichungen keine andauernde Irritation des politischen Systems gegeben hat. Das Ende des Themas Wikileaks ist deshalb auch ein Ende der Hoffnungen darauf und Ängste davor, dass sich auf Grund solcher Kommunikationsangebote nachhaltige gesellschaftspolitische Veränderungen vollziehen könnten.

Sowohl die Enttäuschung auf der Seite der Verfechter als auch die Erleichterung ihrer Widersacher über die fehlende sozialtransformatorische Wirkung haben, das sei hier gleich vorweg genommen, denselben Grund: Wikileaks und die sich an die politischen Zensurversuche anschließende Protestbewegung wurden in ihren unmittelbaren Auswirkungen auf den Journalismus, die Öffentlichkeit und auf Regierungssysteme unterschiedlicher Ausprägung bei weitem überschätzt. Und weil mit dieser Diagnose ein Mangel an medial gut zu verwertenden Ereignissen verbunden ist, hat sich die Aufmerksamkeit der Massenmedien – nachdem auch die Personalie des exzentrischen Hackers Julian Assange und organisationsinterne Konflikte abgehandelt worden waren – schließlich durch andere Neuigkeiten faszinieren lassen.

Macht und blindes Vertrauen

Ausgangspunkt der folgenden Analyse der Überschätzung von Wikileaks ist die Selbstbeschreibung des Projektes: Auf der Seite derjenigen, die sich für die Plattform einsetzen oder ihr sympathisierend gegenüberstehen orientierte sich die Kommunikation an einem Argumentationsstrang, den Julian Assange selbst auf diversen Online-Plattformen bereits vor Inbetriebnahme von Wikileaks entwickelt hatte: Es geht um die Verhinderung von Macht, die sich auf Geheimnisse und Kommunikationsverbote stützt. Es geht somit um die Störung autoritärer Strukturen, die wesentlich durch ebensolche Kommunikationsverbote gekennzeichnet sind, weil sie sich auf diese Weise das Vertrauen ihrer Untertanen sichern.²

Seit je her ist die Beobachtung durch die Gemeinschaft das größte Problem der Autoritäten, denn das Vertrauen in ihre Entscheidungen ist eine Zumutung für die Regierten als Betroffene. Sie nehmen das Risiko der Unterwerfung unter die Entscheidung von anderen nur in Kauf, wenn sie davon ausgehen können, dass die Autoritäten Entscheidungen auf Grund ihres Spezialwissens, ihrer besonderen Fähigkeiten und meist auch auf Grund ihres Zugangs zur sakralen Welt im Sinne des Gemeinwohls treffen. Diese Forderung ist allerdings problematisch, denn die Autorität ist – wie ausgeprägt ihre besonderen Fähigkeiten auch immer sein mögen – stets mit der Gefahr konfrontiert, dass ihre Prognosen über zukünftige Gegenwarten nicht zutreffend sind. Die Entscheidungssituation der Autorität ist nämlich immer auch durch Infor-

1 Vgl. Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien. 2. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.

2 Vgl. dazu die Zusammenstellung relevanter Zitate in Hofmann, Niklas: Der Gegenverschwörer. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.47-54.

mationsmangel gekennzeichnet, durch Komplexität, die sich nicht durch mehr Rationalität, also durch Hinzufügen von immer weiteren Entscheidungskriterien (Mittel und Zwecke) reduzieren lässt.³ Sie ergibt sich durch Einbeziehen einer prinzipiell unkontrollierbaren Umwelt der Gesellschaft in die Situationsdefinition und lässt sich auch nicht dadurch auflösen, dass man sich Anweisungen von den Göttern geben lässt.

Ein Scheitern in kurzen Abständen ist in dieser Konstellation bereits impliziert und die Frage ist dann, wie lange eine Autorität sich als solche behaupten kann, wenn ihre Fehler publik werden. Hieraus ergibt sich beinahe zwangsläufig die Tendenz, Probleme zu verschweigen oder zu lügen. Autoritäten machen mit hoher Wahrscheinlichkeit Fehler und aus diesem Grund suchen sie nach einer Möglichkeit, das Vertrauen uninformatiert zu lassen, also blindes Vertrauen zu erzeugen. Jede Kontrolle des Vertrauens ist eine potenzielle Bedrohung für die Stabilität ihrer Herrschaft.

Diese Bedrohung der Autorität und die Aussicht, blindes Vertrauen zu erzeugen, waren in verschiedenen Gesellschaftsordnungen jeweils ganz unterschiedlich ausgeprägt und haben entsprechend unterschiedliche Lösungen bewirkt. In *oralen* Gesellschaften hatte die Autorität noch die Möglichkeit, eine ursprüngliche Beschreibung einer nun gegenwärtigen Gegenwart entsprechend zu modifizieren und den Vertrauensverlust auf diese Weise zu minimieren, wenn etwas anders gekommen war als man es vorausgesagt hatte. Die Interpretation der göttlichen Zeichen konnte nachträglich an den Ausgang des Krieges, der Jagd, der Ernte angepasst werden und war durch diese Flexibilität nur selten unzutreffend. Mit Einführung der *Schrift* veränderte sich jedoch diese Situation: Auf Text basierte Kommunikation bleibt für iterierende Überprüfungen und damit für Vertrauenskontrolle verfügbar. Umso häufiger musste die Autorität, die ihre Kommunikation in schriftlicher Form verbreitet, nun auf Gewalt als letztes Mittel zur Durchsetzung des Kommunikationsverbots für kompromittierende Informationen zurückgreifen. Mit anderen Worten:

Wenn sich schon nicht vermeiden ließ, dass das Problem entdeckt wurde, musste wenigstens verhindert werden, dass es zur Publikation kam. Als unmittelbare Folge dieses Umstands lassen sich in stratifizierten Gesellschaften fast überall Formen der Radikalisierung der Kontrolle aller Untertanen und in schlimmeren Fällen eine erbarmungslosen Verfolgung von Abweichung, Kritik und Heterodoxie beobachten.⁴ In der *Gutenberg-Galaxis* entfällt schließlich die Möglichkeit des Erzwingens von Vertrauen durch physische Gewalt. Sobald sich der überwiegende Teil der Kommunikation massenmedial zunächst in Druckerzeugnissen und später elektronisch verbreiten lässt und sich damit nicht mehr in Interaktionssystemen, sondern unter Abwesenden vollziehen muss, verliert die Autorität ihre Kontrolle über die Informationslage der Gesellschaft. Nach einer intensiven und dennoch erfolglosen Phase der Zensur kommt es schließlich zu einer Dauereinrichtung von Kontrolle und Kritik und dadurch zu einer Auflösung des blinden Vertrauens in die Entscheidungen der Autoritäten.⁵

Kommunikation ist in der modernen Gesellschaft der Beobachtung und Beurteilung durch andere ausgesetzt und es ist diese Situation, aus der heraus sich die Umwälzungen der Aufklärung, Säkularisierung und Abwicklung der Stratifikation im Übergang zur Moderne ergeben hatten. Blindes Vertrauen wird im Zuge dieser Entwicklung durch Vertrauen in funktionale Systeme mit ihren symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien und durch die, in ihnen sich entwickelnden funktionalen Autoritäten gesetzt. Eine Vertrauenskontrolle ist jetzt zwar mitunter deshalb schwer, weil das nötige Wissen dafür im Großen und Ganzen nur hauptberuflichen Wissenschaftlern, Politikern, Unternehmern und Rechtsgelehrten zur Verfügung steht – aber ganz prinzipiell kann jeder erwarten, dass Fehler im System bemerkt werden und wo nötig auch öffentlich zur Sprache kommen. Kommunikationsverbote sind damit nicht mehr nur schwer durchzusetzen – sie erzeugen vor allem Verdachtsmomente.⁶

3 Vgl. Luhmann, Niklas: Zur Komplexität von Entscheidungssituationen. In: Soziale Systeme 15 (2009) H.1. S.3-35.

4 Vgl. Luhmann, Niklas: Die Religion der Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2002.

5 Vgl. Koselleck, Reinhart: Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Freiburg, München: Karl Alber 1959.

6 Vgl. Luhmann, Niklas: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 4. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius 2000.

Politik als Demokratie

Was die Ausdifferenzierung der Politik zu einem Funktionssystem betrifft, sieht sich die Gesellschaft in dieser Zeit des Übergangs mit einer Welle von Revolutionen konfrontiert, deren Ergebnis Machtausübung ist, für die der unscharfe Begriff des Gemeinwohls durch die Kontingenzformel Legitimation ersetzt wird. Die Erwartungen an politische Entscheidungen sind nun, dass sie einerseits grundsätzlich die Bedingungen ihrer Legitimation erfüllen und damit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit entsprechen, weil so die Unwahrscheinlichkeit der Akzeptanz von Politik in ausreichende Wahrscheinlichkeit transformiert wird. Dass andererseits aber im Notfall auch der Einsatz von physischer Gewalt als symbiotischem Mechanismus zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit möglich ist, wofür zwangsläufig sichergestellt sein muss, dass die konkreten Entscheidungen immer auch den Willen der Mehrheit der Wählerschaft repräsentieren oder wenigstens die Chance haben eine Mehrheit zu erzeugen, wenn Fragen aufkommen.⁷

Und an dieser Stelle rastet die Funktion der politischen Öffentlichkeit ein: Durch die Veröffentlichung von relevanten Entscheidungen, durch die Berichterstattung über Verhandlungen, Diskussionen und fraktionsübergreifende Konflikte ermöglicht die politische Öffentlichkeit als Teil des Systems der Massenmedien die Vertrauenskontrolle der regierten Wähler im Hinblick auf die funktionalen Autoritäten des politischen Systems. Dies ist der Grund, weshalb Pressefreiheit in den Status unverzichtbarer Rechte erhoben wird und Einschränkungen nicht nur als persönliche Probleme von Journalisten oder als Schwierigkeiten von Verlagen verstanden werden, sondern als Angriffe auf die demokratische Ordnung selbst.⁸

⁷ Vgl. Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft. Hrsg. von André Kieserling. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2002.

⁸ In Erinnerung an die Phantomdebatte, die Habermas und Luhmann geführt haben, vgl. Bolz, Norbert: Niklas Luhmann und Jürgen Habermas. Eine Phantomdebatte. In: Luhmann Lektüren. Hrsg. von Dirk Baecker, Norbert Bolz und Peter Fuchs: Kadmos, Berlin 2010. S.34-52., muss an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen werden, dass die

Ihrer Selbstbeschreibung nach steht Wikileaks also in dieser presssfreiheitlichen Tradition der Beobachtung von Entscheidungen des politischen Systems, indem die Plattform bestimmte geheime Informationen öffentlich zugänglich macht und der Meinungsbildung der Wählerschaft zur Verfügung stellt. Das ist in dieser Hinsicht eine gewichtige Position, die derjenigen der klassischen Massenmedien durchaus entspricht.⁹ Aber eben nicht darüber hinaus geht. Mit anderen Worten: Whistleblowing auf Wikileaks ist von seiner Wirkung auf das politische System her nichts grundsätzlich anderes als Whistleblowing in der New York Times.¹⁰ Veröffentlicht wird in beiden Medien nur das, was an brisantem Material vorliegt, und das ist längst nicht alles, was im politischen System an potenziell Verwertbarem entsteht. Auf der politischen Bühne wird nur einmal kurz der Vorhang gelüftet, ein flüchtiger, unscharfer Blick gewährt und noch bevor das Raunen des Publikums über die Überraschung verflogen ist, wird das Bühnenbild umgebaut und für die nächste Überraschung vorbereitet.¹¹ Etwas anderes ist gar nicht möglich und das ist für das Vertrauen in die politischen Autoritäten, wie wir gesehen haben, auch gut so. Eine genaue Punkt-für-Punkt-Übersetzung von Politik in massenmediale Information ist schon deshalb ausgeschlossen, weil wir es mit zwei Systemen mit je eigenen Grenzen zu tun haben, die geschlossen und deshalb basal divergent sind und die sich deshalb nicht mit einer letzten Erkenntnissicherheit erschließen können.¹² Und dass auf diese Weise stets

politische Öffentlichkeit in dieser Funktion jedoch keine Macht ausübt.

⁹ Und nicht etwa einem populistischen Ausnutzen der „Unzufriedenheit mit der etablierten Politik.“ wie Geert Lovink und Patrice Riemens meinen. Lovink, Geert und Patrice Riemens: Zwölf Thesen zu Wikileaks. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.84-95. S.86.

¹⁰ Vgl. dazu die Hinweise auf die Analogien bei Darnstädt, Thomas: Verrat als Bürgerpflicht. Bedrohlicher als Wikileaks ist die Jagd auf Wikileaks. In: Spiegel (2010) H.50. S.98f. und Borchers, Detlef: Die Wurzeln von Wikileaks. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.55-66.

¹¹ Vgl. Baecker, Dirk: Falscher Alarm. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.224-233.

¹² Vgl. dazu Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1987.

ein ausreichender Teil des Spektakels in den Hinterzimmern der Parlamente, in den für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Konferenzsälen und in den unzähligen Ausschüssen im Dunkeln bleibt, ist notwendig, weil es die Probleme der Entscheidung über zukünftige Gegenwarten auch und vor allem in der modernen Gesellschaft gibt und auch die funktionalen Autoritäten deshalb regelmäßig Fehler machen. Weil die Schuld trotzdem ihnen und nicht der Überkomplexität der Welt zugerechnet wird, tut es dem Vertrauen in sie gut, wenn nicht immer alles sofort auf den Tisch kommt.

Mit Wikileaks bricht also nicht etwa eine neue Zeit an, in der es keine politischen Geheimnisse mehr geben wird und die von den jüngsten Veröffentlichungen betroffenen Regierungen hätten entsprechend gelassener reagieren können, weil ihre Handlungsfähigkeit trotz vielleicht beschämender Einzelheiten nicht ernsthaft in Gefahr war.¹³ Julian Assange hat ganz offensichtlich gerade nicht den Status eines *Super Empowered Individual*, wie etwa Felix Stadler meint.¹⁴ Weshalb, muss man also fragen, ließ sich dennoch eine so große Hysterie beobachten, auch und gerade in den Staaten der westlichen Welt? Aus welchem Grund meinte man Server abschalten, Propaganda-Kampagnen führen und sogar Auftragsmorde planen zu müssen? Weshalb nimmt man mit solchen Entscheidungen in Kauf, dass erzürnte Bürger harschen Protest kommunizieren? Wieso kommt zur Selbstüberschätzung der Anhänger von Wikileaks eine ebenso übertriebene

durch die von ihr Betroffenen? Unsere Vermutung ist, dass sich die Beteiligten vor allem durch die Berichterstattung der Massenmedien dazu haben hinreißen lassen.

Vollumfängliche Themenverwertung

Niklas Luhmann beschreibt die Funktion des Systems der Massenmedien als Produktion universell relevanter Informationen und als Erzeugung einer, von allen erreichten Adressaten geteilten Vorstellung darüber, was über die Welt, in der wir leben zu wissen ist und woraus dementsprechend das kulturelle Gedächtnis zu bestehen hat. Das grundsätzliche Problem dieses Systems liegt darin, dass die Informationen, die es produziert hochgradig instabil sind, weil sie uninteressant werden, sobald sie das erste Mal konsumiert wurden. Als Folge entsteht im System ein unaufhörlicher Informationsmangel und deshalb werden Themen, wenn sie einmal entdeckt wurden, aus allen möglichen interessanten Perspektiven beleuchtet. Außerdem kommt es aus diesem Grund häufig zu einem Strohfeuer-Effekt: Ein Thema wird sehr schnell sehr intensiv bearbeitet und ebenso schnell wieder fallen gelassen.¹⁵

Wikileaks war, bezogen auf dieses Problem, ein wahrer Glücksfall für die Redaktionen. Die Vielfalt möglicher Perspektiven und ihr Verknüpfungspotenzial zum Zweck der Informationsgenerierung war enorm. Zunächst einmal war die Enthüllungsplattform allein deshalb schon interessant, weil sie von Anfang an in Konkurrenz zu den etablierten Massenmedien gestanden hatte. Mit zunehmender Brisanz des Materials, das angekündigt und auf der Seite veröffentlicht wurde, verschärfte sich diese Situation von selbst, und spätestens, als Julian Assange behauptete, durch Wikileaks entstünde eine neue Form des Journalismus, die er wissenschaftlich nannte, mussten die Massenmedien auf diese Irritation reagieren.¹⁶ Immerhin wäre es durchaus

13 Aufgeregt beobachtet z.B. auch Lanier, Jaron: Nur Maschinen brauchen keine Geheimnisse. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.69-83., der die völlige Offenlegung aller Geheimnisse als eine Auflösung des Bedürfnisses nach Vertrauen prophezeit, die Erklärung dafür, weshalb Vertrauen gerade und ausschließlich an Geheimnisse gebunden sein soll, jedoch schuldig bleibt. Informationsmangel als Auslöser für ein Bedürfnis nach Vertrauen ist durchaus auch ohne Geheimhaltung gegeben, wie oben im Zusammenhang mit einer prinzipiell unbekannten Zukunft angedeutet wurde. Vgl. dazu erneut Luhmann, N.: Vertrauen.

14 Vgl. Stadler, Felix: Wikileaks und die neue Ökologie der Nachrichtenmedien. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.96-108. Diese Überschätzung wird der Person Julian Assange noch weniger gerecht, wenn man bedenkt, dass sich sein Kommunikationsangebot im Internet gerade erst gegen andere Informationsangebote (und zukünftig auch gegen andere Enthüllungsplattformen) durchsetzen muss. Wir kommen darauf zurück.

15 Vgl. Luhmann, N.: Die Realität der Massenmedien. Wer das als Kritik der Massenmedien falsch versteht, sieht vermutlich das Problem nicht, das sehr schnell entsteht, wenn Bekanntes wiederholt wird: Langeweile.

16 Natürlich läuft dabei die Frage der Verlässlichkeit der Konkurrenz von Beginn an mit. Vgl. Lischka, Konrad: Schweizer Bank bekämpft Enthüllungs-Wiki. In: Spie-

möglich, dass die alleinige Möglichkeit zur Veröffentlichung der Originalquellen, insbesondere wenn es sich dabei um eine enorme Anzahl an Dokumenten handelt, tatsächlich der entscheidende Vorteil eines Mitspielers sein könnte, weil so fortan Meldungen, und die in ihnen aufgestellten Behauptungen, für das Publikum überprüfbar wären. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass durch das neue Angebot keinerlei Gefahr drohte. Im Gegenteil, Wikileaks etablierte stattdessen sogar eine Form der Kooperation: Zuletzt wurde Material vor der Veröffentlichung an ausgewählte Medienhäuser ausgehändigt und zu lesbaren Geschichten verdichtet. Diese Vorgehensweise scheint eine Reaktion auf ein quantitatives Problem zu sein: Wer will und kann das alles lesen, wenn er es auch gestraft haben kann?¹⁷ Und sie macht deutlich: Das Vertrauen in die Arbeit der Redaktionen ist offenbar ungebrochen. Das Thema Wikileaks fungierte in diesem Zusammenhang wie ein Spiegel, in dem sich die Massenmedien selbst beobachten konnten, eine Gegebenheit, die dem Bedürfnis ihrer Reflexion gerade auch im Hinblick auf die Angst vor dem neuen Medium sehr zu Gute kam. Die Redaktionen konnten hineinschauen und sich von der kollektiven Stimme der Leserschaft mit den Worten *Du bist die Relevanteste im ganzen Land!* bestätigt fühlen.

Das zweite große Themenfeld, das Wikileaks eröffnete, war die Neuaufgabe des Problems der Presse- bzw. der Meinungsfreiheit verbunden mit dem Selbstverständnis der Protestbewegung. Der Protest profitierte nämlich davon, dass die Zensurversuche gegen ein Kommunikationsangebot *im Netz*, und damit gegen jenes Medium gerichtet waren und sind, das sich als jüngstes Verbrei-

tungsmedium vor allem dadurch auszeichnet, dass es eine Irritation der Gesellschaft durch die Selektion von Mitteilung und Information *aller Bewusstseinssysteme* ermöglicht. Oder mit anderen Worten: *Jedes Bewusstsein* kann sich durch die, im Zusammenhang mit Kommunikation notwendige Unterstellung zur Irritation der Gesellschaft motivieren.¹⁸ Oder nochmals vereinfacht: *Jeder kann an Kommunikation teilnehmen*. Aktivitäten, die darauf abzielen bestimmte Kommunikationen im Internet zu unterbinden, sind entsprechend nicht nur das Problem eines mutigen Journalisten oder eines selbstbewussten Verlagshauses, also nicht nur pressefreiheitlich von Belang, *sondern werden als Angriff auf die Meinungsfreiheit eines jeden einzelnen Nutzers verstanden*.¹⁹

Und hieraus ergab sich gleichsam eine dritte Möglichkeit die großen Geschichte Wikileaks zu erzählen: Allen Protestbewegungen ist gemeinsam, dass sie umso größere Chancen auf Erfolg haben, je mehr Teilnehmer sie akquirieren können. Demonstranten und Sympathisanten kommt deshalb eine so bedeutsame Rolle zu, weil sich Protest immer gegen getroffene Entscheidungen richtet, immer eine Änderung bestehender Verhältnisse anstrebt und sich dazu auf eine möglichst überzeugend große Masse an Gleichgesinnten stützen können muss. Wir hatten bereits darauf hingewiesen, dass sich erfolgreiche Politik stets nach dem Interesse der Mehrheit richtet, und in Bezug auf genau dieses Größenverhältnis hängt die Zahl der Teilnehmer einer Protestbewegung mit ihren Erfolgschancen zusammen. Als autopoietisches System muss Protest seinen Fortbestand selbst, das heißt im Rückgriff auf eigene Strukturen sicherstellen, und kann entsprechend nicht davon abhängig sein, dass Bewusstseinssysteme in seiner Umwelt auf Grund

gel Online (19.02.2008). URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,536293,00.html> (04.03.2011). und Funk, Viktor: Immer Ärger mit Wikileaks. BND-Chef droht einer Internetplattform, die Dokumente veröffentlicht. In: Frankfurter Rundschau (24.12.2008). URL: <http://www.fr-online.de/politik/immer-aerger-mit-wikileaks/-/1472596/3431306/-/index.html> (04.03.2011).

17 Im Übrigen kann das Argument, dass die News nun anhand der ihnen zugrundeliegenden Quellen auf „Wahrheit“ überprüft werden könnten, nicht vollkommen überzeugen. Immerhin könnten die Quellen ebenso gefälscht sein, wie die Geschichten von Journalisten. Es ist eigentlich nur eine Frage der Zeit bis wir es mit einem Fall von geleakten Hitler-Tagebüchern zu tun bekommen werden.

18 Vgl. Weichert, Ulrike, Coffin, Arthur, Dietrich, Jan Florian und Stephan Frühwirt: Die Unterstellung der Kommunikation. Ignoranz des Bewusstseins und gesellschaftliche Evolution. In: Gesellschaft und KontingenZ (01.04.2010). URL: <http://www.gesellschaftundkontingenZ.de/wp-content/uploads/2010/04/Die-Unterstellung-der-Kommunikation.pdf> (04.03.2011).

19 Vgl. dazu beispielsweise den Bericht: Hacker nehmen Rache für Wikileaks. In: Zeit Online (08.12.2010). URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-12/wikileaks-mastercard-netzattacken?page=all> (04.03.2011).

von bestimmten psychischen oder sozialen Voraussetzungen aktiviert werden. Betroffenheit ist also keine zwingende Voraussetzung für Protest.²⁰ Protest konkretisiert und definiert sich stattdessen über ein Protestthema, das Fragen, die es berührt mit der Unterscheidung Sympathisanten/Gegner unterscheidbar macht und durch diesen Antagonismus Engagement zu aktivieren versucht.²¹ Obschon jedoch Betroffenheit keine hinreichende Voraussetzung für die Teilnahme an einer sozialen Bewegung ist, ist es sicher dennoch leicht vorstellbar, dass eine psychologische Motivation auf Grund von Betroffenheit, Angst oder Ärger durchaus günstige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Karriere des Systems sind.²² In diesem Sinne lässt sich beobachten, dass im Fall von Wikileaks eine besonders generalisierbare Unterstellung einer solchen psychologischen Motivation möglich ist. Hierin sehen wir einen wichtigen Grund, weshalb sich der Protest so rasch zu einem Massenphänomen entwickelt hat.

Abgesehen von dieser Diagnose, die von einer empirischen Untersuchung gestützt werden müsste, darf man einen anderen wesentlichen Grund für den Blitzerfolg des Protestes nicht zuletzt darin vermuten, dass das Medium Internet über seine Funktion als Motivationskatalysator hinaus, vor allem auch die Organisation der sozialen Bewegung selbst, stark vereinfachte. In der Gutenberg-Galaxis war Protest immer von Interaktion vor Ort abhängig, weil nur so klar wurde, wie viele Gleichgesinnte zu mobilisieren man im Stande war. Die Teilnahmebestätigung war mit physischer Präsenz verbunden und allein schon deshalb mühsam und gefährlich. Andererseits war zur Verbindung von örtlichen Interaktionen und zur Ausschöpfung des gesamten Sympathiepotenzials von Seiten derjenigen, die politisch eher desinteressiert sind, eine Berichterstattung durch die Massenmedien notwendig. Beide Voraussetzungen entfallen mit dem Verbreitungsmedium Internet, da über die

Kommunikation im Internet sowohl die Klärung der Teilnehmerzahlen als auch die Abstimmung ausgreifender Aktionen (ob nun off- oder online) sehr effizient möglich sind. Der Ausdruck eigener Interessen ist nun nicht mehr von einer synchronisierten Präsenz träger, frierender und schmerzempfindlicher Körper abhängig, die sich entweder verummummen können, und damit bereits gegen geltendes Recht verstoßen, oder offenbaren müssen, wer für spätere juristische Verfahren als Adressat zur Verfügung steht. Protest, der für Kommunikationszwecke auf das Internet zugreifen kann, hat es deshalb entschieden leichter und kann dementsprechend beschleunigt wachsen. Quantität ist an sich schon Generierung von Information für die Massenmedien. Wenn auch in der zeitlichen Dimension ein hohes Tempo vorgelegt wird, haben die Massenmedien umso relevanteren Stoff: Breaking News.²³

Man kann anhand dieser Themenbeschreibung zu dem Schluss kommen, dass die Massenmedien ganz offensichtlich das einzige beteiligte System waren, die das Potenzial der Plattform systemintern, das heißt im Sinne ihrer eigenen Beobachtungsweise und Rationalität, nicht überschätzt haben. Das ist nicht weiter verwunderlich, immerhin ist dieses Funktionssystem nicht an politischen Fragen, sondern an Auflagenhöhen und Einschaltquoten interessiert und darum auch im Umgang mit hitzigen Themen vollklimatisiert. Überschätzt wurde Wikileaks dagegen von allen anderen und der unaufgeregte Beobachter war für diesen tragische Umstand verantwortlich. Und die Überschätzung war folgeschwer: einerseits für die Politik, weil sie sich in diesem Zustand selbst zu einer Überreaktion zwang. Andererseits, wie wir abschließend zeigen wollen, aber vor allem für die Protestbewegung selbst, weil sie sich durch die Dramaturgie hat fesseln lassen und deshalb die tatsächlichen Enthüllungspotenziale von Wikileaks nicht reflek-

20 Vgl. Luhmann, Niklas: Systemtheorie und Protestbewegungen. Ein Interview. In: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1996. S.175-200. S.182.

21 Vgl. Ebd.: S.177f.

22 Allein weil so besser sehen kann, wer in Frage kommt, wenn man Mitglieder wirbt! Vgl. Ebd. S.182.

23 Vgl. Jiménez, Camilo: Feuer! Feuer! Feuer! Wikileaks und der „Cyberkrieg“. In: Sueddeutsche.de (14.12.2010). URL: <http://www.sueddeutsche.de/digital/wikileaks-und-der-cyberkrieg-feuer-feuer-feuer-1.1035846> (04.03.2011.) oder Kremp, Matthias: Web-Aktivisten bringen Wikileaks in Sicherheit. In: Spiegel Online (05.12.2010). URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,732973,00.html> (04.03.2010).

tieren konnte. Und dass, obwohl eine solche Reflexion durch die besondere Verknüpfung von Inhalt und Organisation im Thema Wikileaks durchaus wahrscheinlich gewesen ist.

Enthüllungspotenziale einer Enthüllungsplattform

Wir haben die Beschreibung von Protestbewegungen als soziale Systeme im Sinne Luhmanns bereits weiter oben angedeutet. Wenn wir sie nun noch etwas klarer konturieren, lässt sich gut beobachten, worin die Schwierigkeiten von Protestbewegungen generell und im Fall von Wikileaks im Besonderen liegen, und wieso sie dazu geführt haben, dass das tatsächliche Potenzial der Plattform und des Protests nicht aktualisiert wurde.

Es ist für eine weitergehende Analyse zweckmäßig, noch einmal am Protestthema als unverzichtbarer Voraussetzung für die systeminterne Unterscheidung Sympathisant/Gegner anzusetzen. Das Thema bestimmt, wogegen oder wofür man sich einstellt und ist jeweils so konkret, dass es eine bestimmte Problemstellung klar definiert, also immer nur ausgewählte Zustände kritisiert. Die Bindung der Protestbewegung an eine eng umgrenzte Problemlage ist unvermeidlich, vor allem deshalb, weil Protest argumentative Letztbegründungen nur mit Hinweis auf Moral und somit Werte erreichen könnte. Wir wissen aber, dass Werte keineswegs in eine intransitive Ordnung gebracht werden und deshalb nicht auf der Programmebene zur Bildung eines Funktionssystems dienen können. Welcher Wert aktiviert wird, hängt jeweils von konkreten Situationen und ihren Beobachtern ab.²⁴ Damit kann Protest nicht einfach auf verschiedene Problemlagen mit denselben Begründungen reagieren, und so muss sich für jeden Einzelfall eine neue Bewegung mit einem neuen Thema und einer ihr angemessenen moralischen und wertgestützten Argumentation entwickeln. Hieraus wird deutlich, wieso sich soziale Bewegungen also nicht mit einem (symbolisch) generalisierten Kom-

munikationsmedium und situationsübergreifenden Programmen zur Entscheidung auf der Ebene der Beobachtung 2. Ordnung versorgen können; weshalb sie ihre Unterscheidung Sympathisant/Gegner nicht generalisieren können; weshalb man nicht von *einer* Protestbewegung mit zur gleichen Zeit verschiedenen oder nacheinander wechselnden Protestthemen sprechen kann. Protest ist immer konkret und es „fehlt [...] die Reflexion-in-sich, die für die Codes der Funktionssysteme typisch ist; und das wird zusammenhängen mit dem unstillbaren Motivationsbedarf der Protestbewegungen [...]“.²⁵ Denn Reflexion ist kompliziert, und generalisierte Bedingungen würden von den Teilnehmern verlangen, dass sie immer protestierten, wenn die generalisierten Bedingungen erfüllt wären. Aber das würde die Teilnahmepotenziale von vornherein zu stark einschränken. Man muss es also bleiben lassen, aber genau deswegen ist im Gegenzug mit einer Entwicklung des Themas nur in seltenen Fällen zu rechnen.

Ein weiteres Merkmal von sozialen Bewegungen ist, dass die jeweilige Problemstellung fremdreferenziell auf Systeme zugerechnet wird, denen man Entscheidungen (und dazu gehört auch: Tatenlosigkeit als Entscheidung zum Nicht-Handeln) also Komplexitätsreduktion unterstellen kann, die auch anders hätte vorgenommen werden können. Einfacher ausgedrückt: „Das Schicksal der Gesellschaft – das sind die anderen“²⁶ und zwar unabhängig davon, ob die Gründe für ihre Schuld in ihrer Inkompetenz, ihrer Korruptierbarkeit, ihrer Börsartigkeit oder in ihrer Naivität liegen. Wie auch immer die aktuelle Situation beobachtet wird, etwas muss sich ändern und weil die Protestbewegung Recht hat und alle andere Unrecht, muss es neue Entscheidungen geben, die sich an den Forderungen des Protestes orientieren.²⁷ Dabei achtet man auch in Bezug auf die Kritik am Gegner darauf, dass es sich bei den Beschreibungen der Bewegung „um

24 Vgl. Luhmann, Niklas: Gibt es in unserer Gesellschaft noch unverzichtbare Normen? In: Die Moral der Gesellschaft. Hrsg. von Detlef Horster. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2008. S.228-252.

25 Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999 (2Bd.). S.855.

26 Ebd. S.848.

27 Daraus ergibt sich übrigens für Protestbewegungen die tragische Situation, dass sie letztlich irgendwann zu Ende gehen müssen, weil sie im einen Fall wegen Erfolglosigkeit unattraktiv werden und im anderen der Erfolg nicht ihnen, sondern den adressierten Entscheidungsorganen zugerechnet wird. Vgl. Ebd. S.858.

individuell aneignungsfähiges Wissen [...] handelt, und damit ist Tiefenschärfe ausgeschlossen. Von Protestbewegungen ist nicht zu erwarten, daß sie begreifen, weshalb etwas so ist, wie es ist; und auch nicht, daß sie sich klar machen können, was die Folgen sein werden, wenn die Gesellschaft dem Protest nachgibt.²⁸ Protest vollzieht sich somit ebenso unreflektiert wie die Selbstbeschreibungen der Schuldigen betrifft, indem er deren Gründe und Situationsdefinitionen weitestgehend vollständig ignoriert. Auch diesbezüglich wäre eine zu komplexe Beobachtung der Situation schädlich für die Rekrutierung von immer weiteren Teilnehmern. „Man kann von Protestbewegungen also keine Reflexion zweiter Stufe, keine Reflexion der Reflexion der Funktionssysteme erwarten. Sie halten sich *statt dessen* an die Form des Protestes.“²⁹

Dieser Mangel an Reflexionspotenzial ist der Grund dafür, weshalb sich Protest höchst selten gegen die bestehende politische Ordnung als solche richtet (indem er etwa den Willen entwickelt, die Legitimationsbedingungen für kollektiv bindende Entscheidungen, also die Programme des politischen Systems zu verändern).³⁰ Er attackiert lediglich die getroffenen Entscheidungen. Zwar stellt Protest in Aussicht, dass er, wenn es sein muss, auch drastischere Mittel anzuwenden bereit ist, als dies Reformbewegungen tun, aber sein Ziel ist kaum jemals die Revolution im eigentlichen Wortsinn.³¹ Das schließt Revolution zwar nicht vollständig aus: Protest *kann* in Revolution münden, wenn er, entgegen seiner Systemrationalität komplexe Beobachtungen anstellt.³² Aber es muss, so darf man vermuten, gute Gründe für die Akzeptanz eines solchen Risikos geben. Und man darf sicher zu Recht

davon ausgehen, dass Zweifel an den eigenen Erfolgchancen mit zu den wichtigsten unter ihnen zählen.

Und eben diese Zweifel am eigenen Erfolg hat die überzeichnete Berichterstattung der Massenmedien im Fall Wikileaks – zum Pech aller Sympathisanten und zum Glück für alle Gegner – von Anfang an zerstreut. Das Protestthema trägt, das lässt sich im Anschluss an die vorangegangenen Analysen konstatieren, durchaus ein nicht zu unterschätzendes revolutionäres Potenzial in sich. Es fällt nämlich auf, dass der Protest im Zusammenhang mit Wikileaks inhaltlich und organisatorisch ähnlich fokussiert war: im Mittelpunkt stand das Internet mit seinen Teilnahmemöglichkeiten potenziell unendlich vieler Bewusstseinssysteme an Kommunikation. Mit anderen Worten: im Fall der Enthüllungsplattform Wikileaks und dem Protest gegen die Zensurversuche der Politik sind die inhaltliche und die organisatorische Ebene derartig auf einander bezogen, dass sich Reflexion über das Thema und Reflexion über die Reflexion der Funktionssysteme fast hätte aufdrängen müssen. Man hätte dann sehr leicht sehen können, dass die Teilnahmemöglichkeiten an Kommunikation, die durch das Internet gegeben sind, nicht nur Organisations- und Plausibilisierungspotenziale des Protests vergrößern, sondern stattdessen auch ein *Versuchsfeld für alternative Entscheidungsfindungsprozesse mit alternativen Legitimationsbedingungen* darstellen: Warum es nicht einfach selbst in die Hand nehmen? Anstatt die funktionalen Autoritäten des politischen Systems dazu aufzufordern, die Meinungs- und Pressefreiheit zu achten und getroffene Entscheidungen zu revidieren, anstatt sich also ausschließlich auf das *Was* auf der Ebene 1. Ordnung einzuschränken, wäre es durchaus denkbar, demokratische Prozesse *online* zu verwirklichen und selbsttätig kollektiv bindende Entscheidungen herbeizuführen. *Es ist diese, abseits der Bühne der medialen Themenverwertung zu findende Erkenntnis vollkommen neuartiger Deliberationsmöglichkeiten auf der Ebene 2. Ordnung, also nicht nur inhaltlicher Art, sondern auf Programmebene, durch die Umgestaltung politischer Legitimationsbedingungen, die das tatsächliche Enthüllungspotenzial der Enthüllungsplattform bildet.*³³ Aber für eine sol-

28 Ebd. S.857.

29 Ebd. S.855

30 Dazu wäre ja eine Beobachtung auf der Ebene 2. Ordnung notwendig!

31 Vgl. Ebd. S.853

32 Das ist beispielsweise auch der Grund für die Befürchtung, aus den gegenwärtigen Protesten in einigen arabischen Ländern, könnte sich möglicherweise eine islamistische *Revolution* entwickeln. Vgl. für Ägypten: Steinvorth, Daniel: Wir sind überall. Ägyptens Muslimbruderschaft. In: Spiegel Online (31.01.2011). URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,742774,00.html> (03.04.2011).

33 So weh es möglicherweise nach dem Ende des großen

che Enthüllung der Enthüllung wären etwas mehr Bescheidenheit und ein vorsichtigerer Umgang mit leicht zu formulierender Kritik auf Seiten der Sympathisanten notwendig gewesen. Vielleicht hätte man weniger das Pathos der Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace von John Perry Barlow, die wie ein religiöser Text unter Gläubigen plötzlich überall Verbreitung fand, reproduzieren sollen: "Governments of the Industrial World, you weary giants of flesh and steel, I come from Cyberspace, the new home of Mind. On behalf of the future, I ask you of the past to leave us alone. You are not welcome among us. You have no sovereignty where we gather."³⁴ Vielleicht hätte man sich stattdessen mehr auf die in dieser Beobachtung enthaltene Handlungsaufforderung konzentrieren müssen. Solch eine Situation erlaubt es nämlich gar nicht mehr, überhaupt noch normative Forderungen an die Politik zu stellen. Wenn man den Cyberspace tatsächlich zum Terrain erklärt, auf dem die traditionellen demokratischen Legitimationsbedingungen in Frage gestellt sind, wird die Suche nach Alternativen notwendig. Über diese Konsequenz war sich Barlow im klaren, als er formulierte: „We are forming our own Social Contract. This governance will arise according to the conditions of our world, not yours. Our world is different.“³⁵

Es muss noch darauf hingewiesen werden, dass die hier unterbreiteten Beobachtungsvorschläge nicht normativ, sondern analytisch verstanden werden sollen. Es geht mit anderen Worten nicht darum für oder gegen eine bestimmte gesellschaftliche Entwicklung zu optieren. Ob der Take off im poli-

tischen System vollzogen wird und werden sollte, bleibt hier zwangsläufig unentschieden, auch dann, wenn man für die Zukunft mit einer wachsenden Zahl solcher Plattformen und dann auch mit immer schärferen Konflikten wegen immer zahlreicheren Veröffentlichungen wird rechnen müssen.³⁶ Sofern die Beschreibung der Funktion von Protestbewegungen von Niklas Luhmann zutrifft: dass sie die Gesellschaft mit intern, da kommunikativ erzeugter Realität versorgen³⁷, und wenn sich die Kommunikationsbedingungen mit der Einführung des Verbreitungsmediums Internet tatsächlich so grundlegend verändert haben, dass es zur katastrophalen Zunahme von Überschuss Sinn kommt³⁸, darf man es jedoch für durchaus wahrscheinlich halten, dass dem beschriebenen Spezialfall und ähnlichen Protestbewegungen in Bezug auf die unvermeidlichen evolutionären Veränderungen des politischen Systems eine auslösende und beschleunigende Rolle zufällt. Immer vorausgesetzt – wie wir jetzt sagen müssen – es gelingt ihnen, ihre reine Angriffslust zu zügeln und jegliche Selbstüberschätzung zu vermeiden.

Habermas-Projekt noch immer tun mag: selbstverständlich ohne Anspruch auf Konsens oder gar Vernunft!

34 Barlow, John Perry: A Declaration of Independence of Cyberspace. (09.02.1996). URL: http://w2.eff.org/Censorship/Internet_censorship_bills/barlow_0296.declaration (04.03.2011).

35 Ebd. In anderen Funktionssystemen haben sich solche Alternativen bereits etabliert. Wikipedia.org ist nur ein Beispiel unter vielen anderen. Vergleiche neben der Blogosphäre zum Beispiel auch digg.com. Der Grund für zu Recht gehegte Vorbehalte im Zusammenhang mit Politik liegt sicherlich im symbiotischen Mechanismus Gewalt und den Erfahrungen, die die Gesellschaft beim Übergang in die Moderne mit großflächig ausbrechenden Konflikten machen musste.

36 Möglicherweise werden die mittlerweile sich entwickelnden politischen Online-Beteiligungsmöglichkeiten die mit dem Internet entstandenen Potenziale auf der Ebene 2. Ordnung viel eher zu Tage fördern. Vgl. zum Beispiel die Dokumentation des sich derzeit in der Entwicklung befindlichen Projektes des Vereins Liquid Democracy e.V. URL: http://wiki.liqd.net/Main_Page (04.03.2011).

37 Vgl. Luhmann, N.: Die Gesellschaft der Gesellschaft. S.864f.

38 Vgl. Baecker, Dirk: Studien zur nächsten Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2007.

Quellen

Baecker, Dirk: Falscher Alarm. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.224-233.

Baecker, Dirk: Studien zur nächsten Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2007.

Bolz, Norbert: Niklas Luhmann und Jürgen Habermas. Eine Phantomdebatte. In: Luhmann Lektüren. Hrsg. von Dirk Baecker, Norbert Bolz und Peter Fuchs: Kadmos, Berlin 2010. S.34-52.

Borchers, Detlef: Die Wurzeln von Wikileaks. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.55-66.

Darnstädt, Thomas: Verrat als Bürgerpflicht. Bedrohlicher als Wikileaks ist die Jagd auf Wikileaks. In: Spiegel (2010) H.50. S.98f.

Hofmann, Niklas: Der Gegenverschwörer. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.47-54.

Koselleck, Reinhart: Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Freiburg, München: Karl Alber 1959.

Lanier, Jaron: Nur Maschinen brauchen keine Geheimnisse. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.69-83.

Lovink, Geert und Patrice Riemens: Zwölf Thesen zu Wikileaks. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.84-95.

Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999 (2Bd.).

Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft. Hrsg. von André Kieserling. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2002.

Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien. 2. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.

Luhmann, Niklas: Die Religion der Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2002.

Luhmann, Niklas: Gibt es in unserer Gesellschaft noch unverzichtbare Normen? In: Die Moral der Gesellschaft. Hrsg. von Detlef Horster. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2008. S.228-252.

Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1987.

Luhmann, Niklas: Systemtheorie und Protestbewegungen. Ein Interview. In: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1996. S.175-200.

Luhmann, Niklas: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 4. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius 2000.

Luhmann, Niklas: Zur Komplexität von Entscheidungssituationen. In: Soziale Systeme 15 (2009) H.1. S.3-35.

Stadler, Felix: Wikileaks und die neue Ökologie der Nachrichtenmedien. In: Wikileaks und die Folgen. Berlin: Suhrkamp 2011. S.96-108.

Onlinequellen

Barlow, John Perry: A Declaration of Independence of Cyberspace. (09.02.1996). URL: http://w2.eff.org/Censorship/Internet_censorship_bills/barlow_0296.declaration (04.03.2011).

Funk, Viktor: Immer Ärger mit Wikileaks. BND-Chef droht einer Internetplattform, die Dokumente veröffentlicht. In: Frankfurter Rundschau (Online 24.12.2008). URL: <http://www.fr-online.de/politik/immer-aerger-mit-wikileaks/-/1472596/3431306/-/index.html> (04.03.2011).

Hacker nehmen Rache für Wikileaks. In: Zeit Online (08.12.2010). URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-12/wikileaks-mastercard-netzattacken?page=all> (04.03.2011).

Jiménez, Camilo: Feuer! Feuer! Feuer! Wikileaks und der „Cyberkrieg“. In: Sueddeutsche.de (14.12.2010). URL: <http://www.sueddeutsche.de/digital/wikileaks-und-der-cyberkrieg-feuer-feuer-feuer-1.1035846> (04.03.2011.)

Kremp, Matthias: Web-Aktivisten bringen Wikileaks in Sicherheit. In: Spiegel Online (05.12.2010). URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,732973,00.html> (04.03.2010).

Liquid Democracy e.V. URL: http://wiki.liqd.net/Main_Page (04.03.2011).

Lischka, Konrad: Schweizer Bank bekämpft Enthüllungs-Wiki. In: Spiegel Online (19.02.2008). URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,536293,00.html> (04.03.2011).

Steinvorth, Daniel: Wir sind überall. Ägyptens Muslimbruderschaft. In: Spiegel Online (31.01.2011). URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,742774,00.html> (03.04.2011).

Weichert, Ulrike, Coffin, Arthur, Dietrich, Jan Florian und Stephan Frühwirt: Die Unterstellung der Kommunikation. Ignoranz des Bewusstseins und gesellschaftliche Evolution. In: Gesellschaft und Kontingenz (01.04.2010). URL: <http://www.gesellschaftundkontingenz.de/wp-content/uploads/2010/04/Die-Unterstellung-der-Kommunikation.pdf> (04.03.2011).